

Schluss mit der Besatzung!



Solidarität mit den unterdrückten PalästinenserInnen und der israelischen Antikriegsbewegung

STOPP!

Mit dem Argument „Kampf gegen den Terrorismus“ führt die israelische Regierung Krieg gegen die PalästinenserInnen. Die Armee zerstört Häuser, öffentliche Einrichtungen, Schulen, Krankenhäuser, und Rundfunksender. Mit der militärischen Zerschlagung der palästinensischen Autonomiestruktur entzieht Sharon jeder politischen Lösung die Grundlage. Die Ziele Ariel Sharons und der israelischen Armee sind eindeutig: Sie wollen die palästinensischen Autonomiestrukturen vernichten. Sie zerstören die soziale Infrastruktur und die wirtschaftlichen Lebensgrundlagen. Sogar der „Transfer“ - also die Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung aus den besetzten Gebieten - wird heute in der israelischen Regierung offen diskutiert. Angesichts der Eskalation im Nahen Osten fordern wir als internationalistische Linke und DemokratInnen als Voraussetzung einer politischen Lösung das Ende der Besatzung, der kolonialen Unterdrückung und den Rückzug der israelischen Armee. Deshalb gilt unsere Solidarität den unterdrückten PalästinenserInnen und der israelischen Antikriegsbewegung.

■ Für ein Ende der Besatzung - sofort!

Seit 35 Jahren verlangen die Vereinten Nationen die Räumung der von Israel besetzten Gebiete. Seit 35 Jahren erklärt die UNO die Vertreibung der PalästinenserInnen, die Enteignung ihres Landes durch den Siedlungsbau für illegal und fordert das Rückkehrrecht der Flüchtlinge. Doch bis zum heutigen Tag hat sich an der kolonialistischen Besatzungspolitik nichts geändert. Auch die als „Friedensprozess“ gefeierten Osloer Verhandlungen dienten nur

dazu, die israelische Dominanz und die Kontrolle über die besetzten Gebiete, deren BewohnerInnen und deren Ressourcen abzusichern. Ergebnis der Osloer Verträge war die Zerstückelung der Autonomiegebiete in voneinander getrennte Enklaven, in „Bantustans“, vergleichbar mit den „Townships“ der Apartheid, umgeben von israelischen Siedlungen und militärisch kontrollierten Umgehungsstraßen.

35 Jahre Gewalt und Demütigung durch das israelische Militär haben die Hoffnung der PalästinenserInnen auf Autonomie und auf Selbstbestimmung zerstört. Die Intifada ist die Antwort. Der palästinensische Widerstand gegen die israelische Besatzungsmacht ist nicht nur legitim, er verdient auch internationale Solidarität.

■ Gegen die reaktionäre Instrumentalisierung des Konflikts

Glaut man der israelischen Regierung und den meisten Medien hierzulande, dann sind fanatisierte palästinensische SelbstmordattentäterInnen der Grund für den Konflikt. Das ist natürlich falsch. Aber das Fatale ist, dass letztlich mittlerweile beide - die palästinensischen Kommandos wie auch die israelische Besatzungsmacht - in der gleichen militaristischen Kriegslöge (unabhängig von den Motiven) operieren: Beide nehmen mit ihren Mitteln die jeweilige Zivilbevölkerung des Gegners als Geisel. Die aktuellsten Beispiele dafür sind sicher die Selbstmordattentate von PalästinenserInnen gegen Zivilisten in Israel. Sie sind die gefährliche Kehrseite der Krise: Statt der Analyse der sozialen und politischen Hauptkonfliktpunkte (Wasser, Land, Besatzung, Unterdrückung) und der Suche nach Antworten auf soziale Fragen zu geben, werden religiöse, nationale und auch antisemiti-

sche Denkmodelle etabliert, die die Welt erklären sollen. Selbstmordattentate, die israelische Zivilisten in den Tod reißen, kann niemand billigen - sie müssen aufhören. Aber der reaktionäre Wahnsinn der Selbstmordanschläge baut auf der Verzweiflung und Ohnmacht gegenüber der Besatzungsmacht auf und funktionalisiert diese zugleich. Wer diesem Wahnsinn ein Ende machen will, muss Schluss machen mit der israelischen Besatzung und der systematischen Zerstörung der Lebensgrundlagen der palästinensischen Bevölkerung. Ohne die Beendigung der Besatzung, ohne eine Perspektive für ein menschenwürdiges Leben, werden Verzweiflung und Wut, aber auch religiöser Fanatismus weiter zunehmen. Israel muss seine expansionistischen Ziele aufgeben und darf die PalästinenserInnen nicht länger wie kolonisierte Untertanen behandeln. Das sind die Voraussetzungen für eine politische Lösung.

■ Gegen Antisemitismus und antiarabischen Rassismus

Deshalb beziehen wir - in Solidarität mit der israelischen Zivilbevölkerung, die mittlerweile viele Opfer in dieser Auseinandersetzung zu beklagen hat, Position gegen einen wiedererstarkten und in der deutschen Gesellschaft tief verwurzelten Antisemitismus, der z.B. aktuell von deutschen Politikern wie Mollmann geschürt und instrumentalisiert wird. Und wir kämpfen gegen einen ebenfalls stärker werdenden antiarabischen Rassismus als Reaktion auf die Propaganda der westlichen „Gotteskrieger“ Bush und Schröder gegen „das Böse“. Der Kampf gegen die Besatzung stellt das Existenzrecht Israels nicht in Frage. Es ist die Politik der israelischen Regierung, die momentan alle Grundlagen für eine politische Lösung zwischen Israel und PalästinenserInnen zerstört.

Fortsetzung Rückseite



Fortsetzung

Die Front im israelisch/palästinensischen Konflikt verläuft nicht zwischen „den Völkern“, nicht zwischen Arabern und Juden. Tatsächlich ist es eine Auseinandersetzung zwischen dem Vorherrschaftsanspruch des israelischen Staates, den Nutznießern und Profiteuren seiner kolonialistischen Politik auf der einen Seite und den unterdrückten, entrechteten PalästinenserInnen auf der anderen Seite. Auch in Israel selbst wächst die Erkenntnis, dass die Politik der eigenen Machthaber den Interessen der großen Mehrheit der Israelis zuwider läuft, dass sie selbst zu den Opfern der Besatzungspolitik gehören.

■ „Die Besatzung tötet uns alle“

Unter dieser Losung demonstrieren Friedens- und Antikriegsgruppen mit Tausenden von TeilnehmerInnen in Israel. Zahlreiche Initiativen unterstützen palästinensische Familien, deren Häuser zerstört wurden, protestieren gegen die aggressive rassistische Politik der israelischen Regierung und gegen die Straßenblockaden der israelischen Armee. Trotz der besonders stark militarisierten Gesellschaft, in der Kritik an der Armee tabuisiert ist, steigt die Zahl der KriegsdienstverweigerInnen. Reservisten aus den Kampfverbänden verweigern den Einsatz in den besetzten Gebieten. Dieser Antikriegsbewegung gilt unsere Solidarität!

■ Keine deutsche Unterstützung der Besatzung – keine Bundeswehr im Nahen Osten und sonstwo

35 Jahre lang wurde die israelische Besatzungspolitik vom Westen toleriert. Gleichzeitig wurde Israel zur stärksten Militärmacht und zur einzigen Atommacht im Nahen Osten hochgerüstet. So wie die Türkei gilt Israel für die imperialistischen Staaten, insbesondere für die USA, als strategischer Brückenkopf, um die Golfregion zu kontrollieren und zu beherrschen. Neben den USA ist Deutschland einer der bedeutendsten Rüstungslieferanten für die israelische Armee. Deutsche Rüstungskonzerne liefern modernste U-Boote, Schnellfeuergewehre,

Motoren und High-Tech-Waffensysteme für die israelischen Panzer, die palästinensische Städte und Flüchtlingslager in Schutt und Asche legen. Israel verfügt heute über ein größeres Kernwaffen-Arsenal als Großbritannien, über modernste Kampfbomber und über Raketen-systeme mit einer Reichweite bis nach Moskau. Um die Opfer der militärischen Aggression Israels und um eine gerechte Lösung des Konflikts geht es den USA und den EU-Staaten - wie in den vergangenen 35 Jahren - auch heute nicht. Zurzeit sehen die USA ihre „Anti-Terror-Koalition“, das wackelige Bündnis mit den arabischen Feudalregimes und ihren geplanten Militärschlag gegen den Irak gefährdet. Das ist ihre einzige Sorge.

Die US-Regierung (Rede von Präsident Bush Ende Juni 2002) versucht der palästinensischen Bevölkerung die Bedingungen ihrer zukünftigen Existenz zu diktieren: Die Menschen sollen

eine Führung wählen, die sich komplett den Interessen der USA und der israelischen Besatzungsmacht unterordnet. Aber auch die autoritären Regimes und reaktionären Regierungen der arabischen Staaten, egal ob Syrien, Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten oder Irak, haben kein Interesse an einer Lösung des Israel-Palästina-Konflikts. Ihre Solidarität ist heuchlerisch. Denn im Falle einer Lösung, wird sofort die soziale Frage und die Unterdrückung ihrer eigenen Bevölkerung ins Blickfeld rücken. Schröder und Fischer propagieren einen internationalen Militäreinsatz und schließen selbst den Einsatz der Bundeswehr nicht grundsätzlich aus. Deutschland und die EU-Staaten bieten sich als neue „Schutzmacht“ für den Nahen Osten an und machen den USA in der Region Konkurrenz. Deutsche Waffenlieferungen an Israel wurden jetzt zwar „vorläufig“ ausgesetzt, aber nicht endgültig eingestellt. ■

■ Für ein sofortiges Ende der Besatzung

- Abzug der israelischen Armee aus Westbank und Gaza
- Auflösung der israelischen Siedlungen in den besetzten-Gebieten
- Anerkennung des prinzipiellen Rechts der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr. Die praktische Lösung muss in fairen Verhandlungen geregelt werden
- Die PalästinenserInnen haben wie die Israelis das Recht auf einen Staat
- Wir unterstützen die palästinensischen und israelischen Initiativen, die langfristig für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in einem gemeinsamen säkularen Staat eintreten
- Gegen jede Form von Antisemitismus und antiarabischen Rassismus hier und überall!
- Freiheit für die politischen Gefangenen - Solidarität mit der israelischen Antikriegsbewegung, den israelischen Kriegsdienstverweigerern und den binationalen feministischen Organisationen
- Wir fordern die Beendigung jeder militärischen und wirtschaftlichen Unterstützung der Besatzungspolitik Israels und die Einstellung der deutschen Waffenlieferungen.

UnterstützerInnen bisher: Arbeitskreis Internationalismus, Antifaschistisch Kämpfen München, Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes/Bund der Antifaschisten (VVN/BDA) - Kreisvorstand München, Münchner Bündnis gegen Rassismus, Libertad!, PAULA Memmingen, DKP München, Axis Of Evil München

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Claus Schreier, Johann-von-Werth-Str. 3, D-80639 München. Eigendruck im Selbstverlag. Gestaltung: T. Böck